

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 55/1 (2024), 73-89

DOI: 10.60684/msg.v55i1.32

Alexander Kraus

*Institut für Zeitgeschichte und Stadtrepräsentation in Wolfsburg*

**Von der Konfrontation zur Partizipation. Kommunale Erinnerungsarbeit als  
Feld der Bürgerwissenschaften in Wolfsburg**

MSG Moderne Stadtgeschichte

ISSN: 2941-6159 online

<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).  
Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte  
sind gesondert abzuklären.

© Alexander Kraus 2024



**Alexander Kraus**

## **Von der Konfrontation zur Partizipation. Kommunale Erinnerungsarbeit als Feld der Bürgerwissenschaften in Wolfsburg**

*Whether in the guise of historical studies, alternative city tours, source documentation or oral history projects – since the 1970s the confrontation with the respective Nazi past has been one of the classic topics of local history initiatives, associations and workshops. Across Germany, searching for traces on the ground has become a life’s work for numerous citizen scientists from a wide range of backgrounds. Based on the premise that the continuous advocacy of groups of committed citizens for changing the culture of remembrance can be interpreted as a practised form of citizen science, this article begins by exploring the first decades of the local awakening of the culture of remembrance using Wolfsburg as a case study, before contrasting these developments with a current project on the Nazi past in the city of Volkswagen. This shows, on the one hand, how the techniques of protest and the will to shape things that were developed and learnt in the early decades continue to the present day and, on the other hand, how conditions for participation and co-determination have changed fundamentally. Whereas in the decades of confrontation, it was the committed citizens who first put the topic of dealing with the history of the Nazi regime on the agenda of Wolfsburg’s municipal government and the Volkswagen Group and prompted them to take action, the development of a memorial and learning site at the Laagberg Subcamp, which began in 2017, now took place in a participatory manner after an initial resurgence of confrontation. At the same time, however, the opportunities for associations and initiatives to be visible and take action themselves were now much more limited.*

### *1. Einleitung*

Die Aufarbeitung der kommunalen NS-Vergangenheit zählt spätestens seit den 1970er Jahren zu den klassischen Themen von lokalen Geschichtsinitiativen, -vereinen und -werkstätten. Deutschlandweit stieg die Anzahl erinnerungskultureller Interventionen außerhalb des universitären Milieus markant an – ob als lokalgeschichtliche Untersuchungen, antifaschistische beziehungsweise alternative Stadtrundfahrten, Quellendokumentationen und Oral-History-Projekte oder in Form von Beiträgen zu den Geschichtswettbewerben des Bundespräsidenten. In jener Zeit erkannten zahlreiche Bürgerwissenschaftler\*innen unterschiedlichster Couleur und Herkunft die lokale „Spurensuche als Lebensauf-

gabe“.<sup>1</sup> Dies war auch in Wolfsburg nicht anders.

Angesichts der Tatsache, dass es in der Regel engagierte Bürger\*innen und Vereine gewesen waren, die ab den späten 1960er Jahren nicht nur in Wolfsburg, sondern überall in der alten Bundesrepublik Aufarbeitungsprozesse vor Ort erst angestoßen haben, wird zunächst das Engagement in der Volkswagenstadt bis zum Ende der 1980er Jahre vorgestellt. Die Prämisse ist, dass das kontinuierliche Eintreten von Gruppen engagierter Bürger\*innen für einen Wandel der Erinnerungskultur innerhalb der Stadt Wolfsburg als eine praktizierte Form des Bürgerwissens und der Citizen Science zu deuten ist. Die Aktiven waren nicht nur lokal verortet, sondern agierten überregional, bezogen immer wieder Position und traten mit Nachdruck für ihre Anliegen ein. Sie hatten über die Jahre ein immenses Expertenwissen zusammengetragen, das sie gegenüber der Kommune zu platzieren wussten. Die Entwicklungen aus den beiden Jahrzehnten des erinnerungskulturellen Aufbruchs vor Ort werden anschließend einem aktuellen Aufarbeitungsprojekt gegenübergestellt, um veränderte Konstellationen sichtbar zu machen. Dabei zeigt sich einerseits, wie damals erarbeitete und erlernte Techniken des Protests und des Gestaltungswillens bis in die Gegenwart fort dauern, und wird andererseits deutlich, wie sich die Bedingungen der Teilhabe und der Mitgestaltung grundlegend verändert haben.

## *2. Die Anfänge der NS-Aufarbeitung in Wolfsburg zwischen Protest und symbolischer Tat*

In der monoindustriell geprägten Stadt im „Zonenrandgebiet“ war es beispielsweise Pastor Rudolf Dohrmann von der Industriediakonie Arche, der zusammen mit Gleichgesinnten bereits Anfang der 1960er Jahre mit Jugendlichen, Auszubildenden und jungen Erwachsenen mehrwöchige Reisen zur Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau unternahm – und dies noch ehe die Aktion Sühnezeichen ihre feste Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte begonnen hatte. Den einzelnen Reisen ging jeweils eine mehrmonatige intensive Vorbereitung voraus. Gisela Abel, eine langjährige Mitstreiterin Pastor Dohrmanns, die dessen Arbeit nach seinem Weggang 1969 fortsetzte und die für viele der damals Aktiven eine prägende Persönlichkeit und ein echtes Vorbild gewesen war,<sup>2</sup> hob im Zeitzeugengespräch

<sup>1</sup> Philipp Kratz, *Eine Stadt und die Schuld. Wiesbaden und die NS-Vergangenheit seit 1945*, Göttingen 2019, S. 267.

<sup>2</sup> Zeitzeugeninterview mit Eberhard Brandt, 21. Februar 2019 von Larissa Ornat und Lena Windhövel, in: *StadtA WOB*, H.1.13, S. 6; sowie Zeitzeugeninterview mit Witich Roßmann vom 1. Juni 2019 von Ilayda Kaynarcalidan und Jana Lücke, in: *StadtA WOB*, H.1.13., S. 12.

hervor, keine der vielen Polenfahrten sei „ohne Auschwitz möglich“ gewesen. Es sei stets darum gegangen, „dort eben die Geschichte anzusehen, eben zu verinnerlichen, mehr zu diskutieren“. Ihr eigener gewählter Schwerpunkt sei deshalb auch immer die „Versöhnungsarbeit“ gewesen.<sup>3</sup> Entsprechend leisteten die Teilnehmenden vor Ort tätige Wiedergutmachung und legten beispielsweise die Fundamente des ehemaligen Krematoriums II frei (Abb. 1).<sup>4</sup> Diese Erfahrungen sollten schließlich auch zu einer „Grabe-wo-du-stehst-Erfahrung“ in Wolfsburg selbst führen: Einige der Teilnehmer\*innen, die mit Pastor Dohrmann und der Aktion Sühnezeichen 1967 nach Auschwitz gereist waren, zählten ein Jahr später auch in Wolfsburg zu jenen Aktiven, die damit begannen, „vor der eigenen Haustür“ nach den Orten der nationalsozialistischen Verbrechen zu suchen und diese über öffentliche Aktionen zu problematisieren. Die in der polnischen Gedenkstätte eingeübten Techniken – sprich die physische Arbeit vor Ort in Verbindung mit der geistigen Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte – gaben in Wolfsburg schließlich den entscheidenden Impuls für einen erinnerungspolitischen Wandel auf kommunaler Ebene.



**Abb. 1:** Pastor Dohrmann mit seiner Gruppe während ihrer Arbeit auf den Ruinen des Krematoriums in Auschwitz, 1968. Ausschnitt aus der Monatsschrift Polen, Nr. 161, H. 1, S. 14; Foto: Tadeusz Rolke.

- <sup>3</sup> Zeitzeugeninterview mit Olde Dibbern und Gisela Abel vom 7. Februar 2014 von Günter Riederer, in: StadtA WOB, 47 19 25, Ordner 8, S. 4. Gisela Abel führt aus, die Fahrten so lange fortgesetzt zu haben, bis die Volkswagen AG damit begonnen habe, mit einem Teil der Lehrlinge nach Auschwitz zu fahren. Während sie stets um Förderung und Zuschüsse habe ringen müssen, habe der Automobilkonzern „natürlich Geld im Überfluss [gehabt], da flutschte das und dann reichte es ja auch, wenn eine Institution nach Auschwitz fährt“, ebd., S. 6.
- <sup>4</sup> Siehe dazu Alexander Kraus, Stadt ohne Geschichte? Wolfsburg als Demokratielabor der Wirtschaftswunderzeit, Göttingen 2021, S. 195-209.

Denn als 1968 in Wolfsburg das 25-jährige Stadtfest begangen wurde, nutzten Mitglieder des Unabhängigen Schülerbunds, der Gewerkschaftsjugend, der Kampagne für Demokratie und Abrüstung und der Sozialistischen deutschen Arbeiterjugend die Gunst der Stunde, um nicht nur öffentlichkeitswirksam die feierliche Vereidigung von Bundeswehrrekruten durch ihren Protest zu stören. Sie pflegten auch den lange politisch-institutionell beschwiegene(n), damals noch sogenannten Ausländerfriedhof – die heutige Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, auf dem 476 Opfer des NS-Regimes ihre letzte Ruhestätte gefunden haben.<sup>5</sup> Auch hier wurde die Tat zur Botschaft. Bei der Pflege des lange vergessenen, vernachlässigten und letztlich marginalisierten Orts waren dann auch wieder Vertreter\*innen der Industriediakonie Arche, wie Pastor Dohrmann und Gisela Abel, beteiligt: Grabeinfriedungen wurden geharkt, Unkraut gejätet, Gestrüpp ausgerissen und die Bodenplatten des dort bereits in den unmittelbaren Nachkriegsjahren durch die sowjetische Militäradministration initiierten Denkmals gereinigt (Abb. 2). Die so erlangte Sichtbarkeit und Wahrnehmung des Friedhofs kann als eine Form von Bürgerwissenschaft gedeutet werden, war doch damit ein zentraler Ort des nationalsozialistischen Unrechts erstmals ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt und der Beginn der NS-Aufarbeitungsgeschichte in Wolfsburg eingeläutet. Dies geschah wohlgerne gegen den Willen zahlreicher kommunaler Akteur\*innen, denen der Aktivismus durchaus ein Dorn im Auge war. So unternahm beispielsweise der damalige Leiter der Pressestelle und Archivar der Stadt Wolfsburg zeitgleich einen Versuch, mit einer Dokumentation die Geschichte des Orts zu verharmlosen.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Hier und im Folgenden Kraus, *Stadt ohne Geschichte?*, S. 242-261; Michael Siems, *Konkurrierende Wahrheiten. Geschichtsbilder in Wolfsburg 1945–1988*, Göttingen 2021, S. 80-90; Alexander Kraus, *Jugendprotest in der Wirtschaftswunderstadt. Eine visuelle Spurensuche*, in: Ralf Beil/Ders. (Hrsg.), Robert Lebeck, 1968, Göttingen 2018, S. 165-170.

<sup>6</sup> Vgl. Bernhard Gericke, *Die Bestattung und die Gräber von Ausländern in Wolfsburg vom Juli/August 1968*, in: *StadtA WOB*, F 141. Siehe dazu Maik Ullmann, *Oral History von rechts. Einstige Eliten der „Stadt des KdF-Wagens“ im Gespräch mit Bernhard Gericke*, Hannover 2022, S. 25-30.



*Abb. 2: Grabpflege als Abschluss einer Protestaktion, 22. Juni 1968, rechts im Bild: Pastor Rudolf Dohrmann. Foto: Robert Lebeck, Archiv Robert Lebeck/IZS.*

Wie sehr die Protestaktion die damals beteiligten Aktiven prägte, zeigt ein Zeitzeugeninterview mit der späteren Lehrerin und Bürgermeisterin Wolfsburgs, Hiltrud Jeworrek (SPD), in dem sie davon berichtet, mit ihren Schüler\*innen alljährlich diesen prägenden Ort der Stadtgeschichte aufgesucht zu haben: „Ich bin dort mit meinen Schulklassen immer einmal hingegangen, damit sie sich das ansehen und die Namen [und] Geburtsdaten [lesen]: Da sind auch Babys mit beerdigt, da sind junge Leute mit beerdigt“.<sup>7</sup> Für sie war die Konfrontation mit den Gräueltaten der Nationalsozialisten zentraler Ausgangspunkt ihrer eigenen Politisierung.

Die einmal geweckte Aufmerksamkeit für den Friedhof hielt sich über die folgenden Jahre, wenngleich mit wechselnder Besetzung. Mal traten Vertreter\*innen der DGB-Jugend, mal solche der bereits erwähnten anderen Gruppen in Aktion und nötigten die Stadt Wolfsburg zu einer Umgestaltung. Ein Kuratorium bestehend aus Mitgliedern der Aktion Sühnezeichen, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der Sozial-Liberalen Jugend, des Studi-

<sup>7</sup> Hier und im Folgenden Zeitzeugeninterview mit Hiltrud Jeworrek vom 20. Februar 2019 von Larissa Ornat und Lena Windhövel, in: StadtA WOB, H.1.13., S. 12 und S. 14. Siehe dazu auch Ilayda Kaynarcalidan u. a., „Es war nicht anders als bei den Studenten auch“. Die politisierte Jugend der späten 1960er Jahre in Wolfsburg im Interview, in: Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte 5:17, 2020, S. 1-6.

enkreises zur Erforschung und Vermittlung des Widerstands von 1933–1945, der Marxistischen Schüler-Assoziation, des Stadtjugendrings, der Schülermitverwaltung des Theodor-Heuss-Gymnasiums sowie der Industriediakonie Arche trat schließlich mit Vehemenz dafür ein, eine Gedenktafel aufzustellen und eine begleitende Dokumentation zu erarbeiten – und konnte sich mit den Forderungen durchsetzen. An der für den 7. Mai 1972 anberaumten Gedenkfeier beteiligte sich die Stadt hingegen nicht – um dann ihrerseits ein Jahr später anlässlich der feierlichen Einweihung einer Gedenktafel, die mit dem verschleiernden Text „Hier ruhen 476 Ausländer, darunter 131 Kinder, die 1942–1947 durch Krankheit und Hunger den Tod fanden“ aufwartete, die Mitglieder des Kuratoriums von der Feier auszuschließen. Lediglich der Rat der Stadt Wolfsburg war geladen – die Stadtbevölkerung wurde allein von der Presse informiert.

Der geschilderte Fall ist einerseits Beleg für die zuvor ungeahnten „Möglichkeiten zur Einflußnahme und Mitgestaltung“ wie auch den sich öffnenden Raum zur Identifikation,<sup>8</sup> den die erinnerungspolitische Arbeit vor Ort den Aktiven bot. Somit partizipierte die engagierte Öffentlichkeit nicht nur an Erkenntnisprozessen, sondern setzte diese erst maßgeblich in Gang – und war damit direkt an der Definition dessen beteiligt, was das Wesen der eigenen Stadt ausmachen sollte.<sup>9</sup> Ihr Agieren lässt sich als bürgerwissenschaftliches Handeln lesen, das der Beteiligung akademischer Akteur\*innen (noch) nicht bedurfte. Zugleich legt das Fallbeispiel offen, wie die so geleistete Erinnerungsarbeit durch die städtischen Verantwortlichen mitsamt der kommunalen Verwaltung vereinnahmt wurde, die sich letztlich mit fremden Federn schmückten.

### *3. Die 1980er Jahre im Zeichen bürgerwissenschaftlichen Engagements für die Erinnerungskultur*

Wurde der „Ausländerfriedhof“ auf diesem Wege zwar in Form von jährlichen Kranzniederlegungen zu einem Ort des offiziellen Gedenkens, so sollte es bis Anfang der 1980er Jahre dauern, bis erneut Mitglieder der IG Metall-Jugendorganisation den Friedhof zum Ort demonstrativer Grabpflege wählten.<sup>10</sup> Auch entstand in jenen Jahren die Tradition, am 8. Mai auf dem „Ausländerfriedhof“ den Opfern des NS-Regimes zu gedenken. Beteiligt waren daran unter anderem

<sup>8</sup> Vgl. Gerhard Paul/Bernhard Schoßig, Vorwort, in: Dies. (Hrsg.), *Die andere Geschichte. Geschichte von unten, Spurensicherung, ökologische Geschichtswerkstätten*, Köln 1986, S. 11–13, hier S. 13.

<sup>9</sup> Vgl. den Beitrag von Sebastian Haumann in diesem Heft.

<sup>10</sup> Vgl. Siems, *Konkurrierende Wahrheiten*, S. 124. Siehe dazu die Fotografie in den *Wolfsburger Nachrichten* vom 26. Oktober 1981.

die Gewerkschaftsjugend, der Kreisjugendausschuss der DGB, der Kreisverband Wolfsburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und das Friedensforum der Industriediakonie Arche.<sup>11</sup> Die erhaltenen Programmübersichten dokumentieren die hierbei kommunizierten Inhalte, die vehement formulierten Forderungen und ausgefeilten Bildprogramme, den jeweiligen Diskussionsstand der miteinander kooperierenden Gedenkinitiativen und das wachsende Wissen über das vor Ort begangene NS-Unrecht.

Fast parallel zur einsetzenden lokalen Gedenkkultur erschien im Oktober 1981 eine Broschüre der DGB-Jugend, die als „alternative Stadtrundfahrt“ umschrieben wurde und zum Thema machte, was bislang „verschwiegen wurde“. Im Vorwort wurde die Zielsetzung klar benannt: Man wolle, „aufbauend auf der Geschichte unserer Stadt, damit anfangen“, die grauenvolle Geschichte des Faschismus mit der Gegenwart zu verbinden.<sup>12</sup> Was in der Schule, den Lehrmaterialien und den „Hochglanzbroschüren“ über Wolfsburg zu lesen sei, sei „nicht unsere Geschichte“. Die Stadtrundfahrt selbst führte unter anderem zu verschiedenen einstigen Arbeitslagern und dem „Ausländerfriedhof“. In der Broschüre wiederum waren dann auch erstmals das „KZ-Arbeitsdorf“ sowie die zwei Außenlager des KZ-Neuengamme in der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ benannt und einzelne Dokumente aus dem Stadtarchiv sowie Auszüge aus Artikeln abgedruckt. Zudem fand sich eine kritische Auseinandersetzung mit Ferdinand Porsches Vergangenheit – ein stadtgeschichtliches Thema, das bis weit über das Jahrzehnt hinaus nicht abebben sollte. Allein der Arbeitskreis kirchlicher Mitarbeiter legte 1986, 1988 und 1991 jeweils Dokumentationen vor, die die örtlichen Diskussionen über den einstigen Betriebsarzt Dr. Körbel,<sup>13</sup> Ferdinand Porsches Verwicklung in die Zwangsarbeit und die ausbleibende Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter\*innen durch die Volkswagen AG wiedergaben.<sup>14</sup>

<sup>11</sup> Siehe dazu die ab 1982 dokumentierten Flyer und Programmübersichten auf der Seite des Wolfsburger Vereins Erinnerung und Zukunft e. V., <http://wolfsburg-erinnerung-zukunft.de/archiv/> [02.05.2024].

<sup>12</sup> Vgl. DGB-Jugend Wolfsburg, *Wolfsburger Geschichte 1933. „was verschwiegen wurde“*. Eine alternative Stadtrundfahrt, Wolfsburg 1981.

<sup>13</sup> Dr. Hans Körbel zeichnete während des Zweiten Weltkrieges unter anderem für die Aufsicht über das euphemistisch genannte „Ausländerkinderpflegeheim“ des Volkswagenwerks verantwortlich. In diesem kamen aufgrund schlechter hygienischer Bedingungen, von Überbelegung und fehlender Pflege und Fürsorge sowie Mangelernährung weit mehr als 360 Kleinkinder ums Leben. Gegen Körbel und andere Verantwortliche kam es 1946 zu einem Kriegsverbrecherprozess, an dessen Ende Körbel hingerichtet wurde. In Wolfsburg hielt sich bis in die 1980er Jahre der Mythos, dieser sei Opfer einer Siegerjustiz geworden. Siehe dazu Marcel Brüntrup, *Verbrechen und Erinnerung, Das „Ausländerkinderpflegeheim“ des Volkswagenwerks*, Göttingen 2019, S. 134-147.

<sup>14</sup> Vgl. Arbeitskreis kirchlicher Mitarbeiter im Kirchenkreis Wolfsburg (Hrsg.), Porsche, Dr.



Es waren die engagierten Bürgerwissenschaftler\*innen selbst, die damals für eine Verwissenschaftlichung sorgten und sich die wissenschaftliche Expertise in Person der Historikerin Dr. Ursula Krause-Schmitt aus Frankfurt am Main einluden, um über den Wandel von Porsche als „Hitlers genialem Konstrukteur zum Technokraten des Krieges“ vorzutragen. Dies war nichts weniger als ein umfassender Angriff auf die damals noch immer wirkmächtige Porsche-Legende, jenem Konstrukteur, dem in Wolfsburg die zentrale Magistrale, Schule und Stadion gewidmet waren, und dessen Büste noch heute vor dem Rathaus steht. Die in Gang gesetzten lokalen Diskussionen – die Pressebeiträge sind Legion und zeugen von der Wirkmächtigkeit der Bürgerwissenschaftler\*innen der 1980er Jahre, die es immer wieder verstanden, ihre Themen zu platzieren – beschäftigten bald nicht nur die Politik vor Ort, sondern führten auch zu Artikeln in überregionalen Medien, beispielsweise einem Beitrag in der Zeitschrift *Konkret* sowie einem Bericht auf Deutschlandfunk.

Schon zuvor war die Debatte um den „Ausländerfriedhof“ erneut hochgekocht. Nachdem einmal mehr kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen sowie der Kreisverband der DGB für die Umwidmung in eine offizielle Gedenkstätte eingetreten waren, griffen die Grünen diese Forderung auf und brachten einen entsprechenden Antrag in den Rat der Stadt Wolfsburg ein. Später folgte die SPD mit einem eigenen Antrag.<sup>15</sup> Trotz des umfassenden Berichts des Stadtarchivars Klaus-Jörg Siegfried im Kulturausschuss<sup>16</sup> blieb der Wunsch nach einer Gedenkstätte am Ort des NS-Unrechts noch immer ungehört, wusste die damals regierende CDU dies doch erfolgreich zu verhindern. Allerdings wurde Siegfried mit der Ausarbeitung einer umfangreichen Untersuchung über die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter\*innen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge beauftragt.<sup>17</sup> Eine erste kommentierte Quellenedition erschien 1986 unter dem Titel „Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939–1945“, der Siegfried zwei Jahre später eine tiefergehende Analyse folgen ließ („Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939–1945“). Mit der

Körbel und die Kirche in Wolfsburg. Dokumentation einer Diskussion 1985/86 über Wolfsburg in der Zeit des Faschismus, Wolfsburg 1986; Ders. (Hrsg.), *Erinnerung, das Geheimnis der Versöhnung*. Wolfsburg – 50 Jahre danach. Dokumentation einer Diskussion 1987/88 über Stadtgründung, Porsche und Zwangsarbeit, Wolfsburg 1988; Ders. (Hrsg.), *Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter*. Eine Wolfsburger Diskussion über ein unerledigtes Kapitel deutscher Geschichte. Dokumentation. Eine Diskussion in Wolfsburg über Zwangsarbeiter und ihre Entschädigung, Wolfsburg 1991.

<sup>15</sup> Hier und im Folgenden vgl. Siems, *Konkurrierende Wahrheiten*, S. 127 f.

<sup>16</sup> Vgl. Bericht des Stadtarchivs an den Kulturausschuss, Entstehung und Geschichte des Ausländerfriedhofs und des Waldfriedhofs, 11. Oktober 1983, in: *StadtA WOB*, H.1.9.

<sup>17</sup> Vgl. Sebastian Brünger, *Eine Frage der Unabhängigkeit*. Unternehmensgeschichte(n) bei Volkswagen, in: *Das Archiv*. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte 2:6, 2017, S. 4-6.

stadthistorischen Aufarbeitung, die letztlich durch das stete Aufbegehren der Bürgerschaft initiiert wurde, erreichte Wolfsburg auch überregional Aufmerksamkeit. Funk und Printmedien berichteten in großer Zahl über die Publikationen Siegfrieds,<sup>18</sup> schließlich übernahmen diese im Grunde eine Vorreiterrolle in der Debatte über den Umgang mit den NS-Opfern.<sup>19</sup> Im Zuge der Diskussionen um die noch immer ausgebliebene Entschädigung der Zwangsarbeiter\*innen sah sich schließlich auch der Volkswagenkonzern 1986 dazu genötigt, eine umfangreiche Studie zur Unternehmensgeschichte im „Dritten Reich“ beim Bochumer Historiker Hans Mommsen in Auftrag zu geben, die jedoch erst zehn Jahre später erscheinen sollte.<sup>20</sup>

Doch ein großer Teil der zivilgesellschaftlichen Initiativen gab sich Mitte der 1980er Jahre nicht damit zufrieden, geduldig auf Ergebnisse der teils langwierigen wissenschaftlichen Forschungsarbeiten zu warten. Bereits 1984 hatte mit der Benennung eines Weges in unmittelbarer Nähe der späteren Gedenkstätte nach der in der damaligen „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ verstorbenen sowjetischen Zwangsarbeiterin Lydia Stowbun, die unter anderem im sogenannten Ausländerkinderpflegeheim in Rühren als Krankenschwester eingesetzt worden war, eine stärkere Individualisierung der Erinnerung begonnen.<sup>21</sup> Nachdem nun der Weg, der an dem so wichtigen Erinnerungsort vorbeiführte, nach einem NS-Opfer benannt war, wurden anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes in Europa 1985 die bereits in den Jahren zuvor erhobenen Forderungen nach der Umbenennung des „Ausländerfriedhofs“ in „Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus“ wieder aufgegriffen. Konkret schlug man vor, eine Gedenkstätte samt begleitender Ausstellung vor Ort einzurichten und diese in das offizielle Besuchsprogramm der Stadt Wolfsburg aufzunehmen. Zusätzliches Gewicht bekamen ihre Forderungen in Form eines Bürgerantrags, den insgesamt über 5.600 Einwohner\*innen Wolfsburgs unterzeichnet hatten – eben

<sup>18</sup> Siehe beispielsweise StadtA WOB, B.1.2, Nr. 9032, Nr. 9035 und Nr. 9036.

<sup>19</sup> Grundsätzlich dazu Sebastian Brünger, *Geschichte und Gewinn. Der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit*, Göttingen 2017.

<sup>20</sup> Vgl. Hans Mommsen/Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1996.

<sup>21</sup> Kurioserweise gibt es Indizien darauf, dass Lydia Stowbun, trotz Eintrag in die Totenliste und Grabmal auf dem Wolfsburger Waldfriedhof, die NS-Zeit überlebt haben könnte. Siehe dazu Maik Ullmann, *Lydia Stowbun. Oder: Das leere Grab auf dem „Wehrmachtsfeld“ des Wolfsburger Waldfriedhofes?*, in: *Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte* 5:17, 2020, S. 11 f. Ullmann thematisiert mit dem 2010 entstandenen Sara-Frenkel-Platz in der Wolfsburger Innenstadt, der nach einer Zwangsarbeiterin benannt ist, die im „Ausländerkinderpflegeheim“ des Volkswagenwerks Zwangsarbeit leistete, und dem 2012 benannten Sofia-Gladica-Weg, der an ein Kind einer ukrainischen Zwangsarbeiterin erinnert, das im Alter von 16 Monaten im nach Rühren verlegten „Kinderheim“ verstarb, kurz auch zwei weitere Beispiele der individuellen Erinnerung.

diesen Antrag und die in mehreren Aktenordnern gebündelten Unterschriftenlisten übergaben sie am 8. Mai Oberbürgermeister Rolf Nolting im Rahmen der Gedenkfeier (Abb. 3).<sup>22</sup> Dass mehr als 1.000 der Unterschriften durch die Stadt für ungültig erklärt wurden, da sie auf Wolfsburger\*innen zurückgingen, die nicht deutsche Staatsbürger\*innen waren, verrät einerseits etwas über ein demokratisches Defizit, andererseits etwas über die Bedeutung, die die NS-Aufarbeitung schon damals für Migrant\*innen hatte. In der überlieferten Auswertung der Unterschriften zum Bürgerantrag heißt es dazu in einem handschriftlichen Kommentar mit Blick auf die überwiegend aus der italienischen Community abgegebenen Stimmen lapidar: „nur Ausländer“.<sup>23</sup> Doch die Forderungen erschienen den Aktiven umso berechtigter, als es in den Jahren zuvor wiederholt zu Schändungen des Friedhofes gekommen war. Daher „bewiesen“ die Unterzeichnenden, so der Wortlaut, „daß sie aus der Geschichte gelernt haben“.<sup>24</sup>

Begleitet wurde die Übergabe durch eine Aktion der seit 1981 bestehenden Initiative für den Frieden der VW-Arbeiter, die gewissermaßen klandestin im Volkswagenwerk in der dortigen Gießerei eine Gedenktafel fertigten, diese anschließend aus dem Werksgelände herausschmuggelten und während der Gedenkfeier präsentierten (Abb. 4).<sup>25</sup> Mit der Textbotschaft „Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus“ schuf man zugleich einen scharfen Kontrast zur bestehenden Tafel mit ihrem euphemistischen Wortlaut, wenngleich sich die Bezeichnung im langen Streit um die Namenswahl nicht durchsetzen ließ. Im Vorfeld der Veranstaltung hielt nicht nur der Stadtarchivar Klaus-Jörg Siegfried einen Lichtbildvortrag zur Entstehung des „Ausländerfriedhofs“ und der „Lage der ausländischen Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge im VW-Werk“, sondern auch der Marburger Professor Reinhard Kühnl, der seinerseits zum Thema „Der 8. Mai 1945 – Tag der Kapitulation, der Niederlage oder der Befreiung?“ in der Arche sprach. Die insgesamt 25 (!) beteiligten Initiativen und gesellschaftlichen Gruppierungen hatten längst für eine wissenschaftliche Unterstützung ihrer Anliegen gesorgt.

<sup>22</sup> Vgl. StadtA WOB, B.1.2, Nr. 10521 und Nr. 9069.

<sup>23</sup> Bürgerantrag: Umbenennung des Ausländerfriedhofes, 6.6.1985, in: StadtA WOB, B.1.2, Nr. 10521, Bd. 1.

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> Vgl. Interview mit Alfred Hartung zur Geschichte der Gedenktafel am 1. Februar 2022 durch Dr. Alexander Kraus.



**Abb. 3:** Pastor Harwig Hohnsbein (Mitte) übergibt während der Gedenkveranstaltung auf dem „Ausländerfriedhof“ an Oberbürgermeister Rolf Nolting (mit Gehhilfe) einen Bürgerantrag mit 5.657 Unterschriften Wolfsburger Bürger\*innen. Zwischen ihnen steht Heinrich Heidersberger, rechts außen Jürgen Lerchner, IG Metall Wolfsburg, die beide mit Pastor Hohnsbein zusammen den Bürgerantrag initiiert hatten, 8. Mai 1985. Foto: Mechthild Hartung, Wolfsburg, IZS Wolfsburg. Mit Dank an Mechthild Hartung.



**Abb. 4:** Werner Maletzki, Vertrauenskörperleitung der IG Metall im Volkswagenwerk, und Manfred Reck, IG-Metall-Sekretär, (v. li.) halten die klandestin in der Gießerei des Volkswagenwerks erarbeitete Gedenkplatte der IG Metall, 8. Mai 1985. Foto: Mechthild Hartung, Wolfsburg, IZS Wolfsburg. Mit Dank an Mechthild Hartung.

Ebenfalls Mitte der 1980er Jahre hatten die Grünen als Reaktion auf die nicht abreißen lassen Debatten in der Stadt einen weiteren Antrag eingereicht, in dem sie – wenn auch zunächst ohne Erfolg – die Aufstellung von Gedenktafeln im Stadtgebiet forderten. Die CDU hatte dies damals noch mit der Begründung abgelehnt, eine Konfrontation mit dem begangenen NS-Unrecht könne den heutigen Bürger\*innen der Stadt nicht zugemutet werden.<sup>26</sup> Dies änderte sich jedoch 1986, als ein an den damaligen Oberbürgermeister Rolf Nolting adressierter Brief des ehemaligen KZ-Häftlings Maurice Gleize Gehör fand. Gleize bat darum, am Ort des einstigen KZ-Außenlagers Laagberg, das nach einer intensiven Nachnutzung Anfang der 1960er Jahre längst komplett abgerissen und überformt worden war, mit einer Stele des erlittenen Unrechts zu gedenken. Diese wurde am 8. Mai 1987 im Beisein von Gleize und dessen einstigem Mithäftling Jean Deffieux eingeweiht. Der Kontakt zwischen den französischen ehemaligen Häftlingen und den Wolfsburger Initiativen wurde über die folgenden Jahrzehnte hinweg konstant gepflegt.

Wie sehr im Übrigen die italienische Community in die Aufarbeitung involviert war, zeigt eine Episode vom 30. September 1986, als auf Einladung der ausländerfeindlichen, nationalistischen und geschichtsrevisionistischen Deutschen Volksunion (DVU) der Holocaustleugner David Irving im örtlichen Holiday Inn über die „Entrechtung des deutschen Volkes“ sprechen sollte. Dagegen bekehrten im Vorfeld der Veranstaltung nicht nur der VVN/Bund der Antifaschisten, Landesverband Niedersachsen und der Deutsche Gewerkschaftsbund, Kreis Wolfsburg-Gifhorn auf, sondern auch Lokalpolitiker\*innen. Diese veranstalteten eine Podiumsdiskussion und schlossen sich daraufhin dem Protest im Holiday Inn an, wo beispielsweise der Gewerkschaftssekretär Rocco Artale, der 1962 als einer der ersten Arbeitsmigranten aus Italien im Volkswagenwerk zu arbeiten begonnen hatte, lautstark protestierte und schließlich durch Polizeibeamte aus dem Saal getragen wurde.<sup>27</sup>

<sup>26</sup> Hier und im Folgenden vgl. Aleksandar Nedelkovski, Post aus Frankreich. Zur Errichtung der Gedenkstelle für das KZ-Außenlager Laagberg, in: Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte 3:8, 2018, S. 16.

<sup>27</sup> Siehe dazu die Materialien im Vorlass von Rocco Artale, der unlängst dem Stadtarchiv Wolfsburg übergeben worden ist. In dessen jüngst erschienener Autobiografie spielt die Episode indes keine Rolle. Rocco Artale, *Avanti! Vom Arbeitsmigranten zum Ehrenbürger*, Hannover 2024. Als 1993 dann Neonazis in Solingen einen Brandanschlag auf das Wohnhaus einer türkischen Familie verübten, bei dem fünf Menschen ihr Leben verloren, setzte Angelo De Mitri mit dem durch ihn gegründeten Verein Circolo Pugliese ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit. Aus eigener Initiative heraus errichteten sie in Absprache mit dem Integrationsreferat eine Gedenktafel und pflanzten einen Lebensbaum. Zufällig erfuhr der damalige Oberbürgermeister Werner Schlimme davon, der gerade durch das ZDF interviewt wurde, und schloss sich der Aktion in Begleitung des filmenden Teams des heute-Journals spontan an. Interview mit Angelo De Mitri aus Italien, in:

#### 4. Das Ringen um den richtigen Umgang mit den Fundamentresten einer einstigen KZ-Gefangenenbaracke ab 2017

Angesichts der langen Kontinuität, der Vielzahl der beteiligten Gruppen und Akteurskonstellationen, der lancierten Themen und der praktizierten Vernetzung zeigt sich, was der große Trumpf der damaligen Bürgerwissenschaftler\*innen war: Sie genossen gegenüber den professionellen Vertreter\*innen der Geschichtswissenschaften den Vorteil, mit den „sozialen Zusammenhänge[n] und informellen Informationsstränge[n] ihrer Umgebung vertraut“ gewesen zu sein und waren mitunter in eben diese selbst „einbezogen“, wie Gerhard Paul und Bernhard Schoßig hervorheben.<sup>28</sup> So waren sie es, die, obgleich im Wissenschaftsbereich nicht institutionell verankert, die Themen der Aufarbeitung auf die Agenda der Kommunalverwaltung – wie auch des Automobilkonzerns – setzten und diese zum Handeln bewegten. Die 1999 per Ratsbeschluss erfolgte Einrichtung einer am Stadtarchiv angesiedelten Geschichtswerkstatt mit dezidiert archivpädagogischem Programm war nur ein weiterer dauerhafter Erfolg der Wolfsburger Initiativen. Sie ist sichtbarer Ausdruck für die von Sebastian Haumann aufgezeigten Weiterentwicklungen der Bürgerwissenschaften, in denen vermehrt Fragen der Repräsentation von Geschichte, aber auch der Geschichtsvermittlung und historischen Bildungsarbeit verhandelt werden, der Forschungsaspekt hingegen etwas an Bedeutung verlor.<sup>29</sup> Doch welche Erfahrungen mit Bürgerwissenschaften gab es in Wolfsburg in den letzten Jahren und wie haben sich die Konstellationen verändert?

Als im Frühjahr 2017 im Zuge von Baumaßnahmen Fundamentreste der einstigen Gefangenenbaracke 4 des Konzentrationsaußenlagers Laagberg in Wolfsburg gefunden wurden, entbrannte über den Umgang mit den Relikten der NS-Gewaltherrschaft eine lokal wie überregional leidenschaftlich geführte Debatte. Die Stadt Wolfsburg erreichten zahlreiche Briefe von Opfer- und Interessenverbänden sowie von engagierten Bürger\*innen, die sich für den Verbleib der Barackenfundamentreste und deren Sichtbarmachung aussprachen. Der Verbleib vor Ort wäre unter Wahrung des Denkmalschutzes jedoch allein als – nicht sichtbares – Bodendenkmal „unter der grünen Wiese“ möglich gewesen. Von städtischer Seite hingegen wurde eine Translozierung favorisiert; hierbei war eine Umsetzung der zwischenzeitlich von archäologischen Spezialist\*innen dokumentierten steinernen Zeugnisse an einen anderen Ort, jedoch noch auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers, angedacht.

StadtA WOB, H.3.21, Nr. 8, Transkription, S. 19-21.

<sup>28</sup> Gerhard Paul/Bernhard Schoßig, *Geschichte und Heimat*, in: Dies. (Hrsg.), *Die andere Geschichte*, S. 15-32, hier S. 23.

<sup>29</sup> Vgl. den Beitrag von Sebastian Haumann in diesem Heft.

Zu den Aktiven, die sich in der Sache engagierten, zählten Wolfsburger Vereine wie Erinnerung und Zukunft e. V., der Kreisverband Wolfsburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die AG der Wolfsburger Heimatpfleger sowie einzelne Parteien wie die Linke oder die Parteipolitisch unabhängige Gemeinschaft Wolfsburg e. V. (PUG), daneben auch Lehrer\*innen sowie Bürger\*innen. Viele der Aktiven setzen sich bereits seit Jahrzehnten für die Sache ein, doch es beteiligten sich sehr wohl auch die jüngeren Generationen. Zudem sendeten beispielsweise die Amicale Internationale KZ Neuengamme, das Netzwerk Lagergemeinschaften, die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e. V. oder die Fédération Internationale des Résistants Schreiben, in denen sie sich eindeutig positionierten. Die Schreiben waren durchweg fordernd und anklagend, wurden zudem häufig zeitgleich an verschiedene andere Gedenkstätten und Verbände versendet, um diese zu involvieren. Die Aktiven konnten auf längst geknüpft Netzwerke sowie lang etablierte Verfahren zur Gewinnung öffentlicher Aufmerksamkeit zurückgreifen. In den Schreiben wurden aber auch persönliche Schicksale vermittelt; immer wieder rekurrten sie auf das jeweilige umfangreiche Erfahrungswissen, das über Jahre mithilfe der Gedenkstättenarbeit gewonnen werden konnte.

Im Laufe des politischen Findungs- und Entscheidungsprozesses, der im Ortsrat Mitte-West begann und im Kulturausschuss, Verwaltungsausschuss und Rat der Stadt Wolfsburg eine Fortsetzung erfuhr, wurde schließlich für den 21. August 2017 eine Ratssondersitzung zur Beschlussvorlage „Gedenkstätte und Bildungsort auf dem Gelände des Außenlagers Laagberg des KZ Neuengamme“ einberufen.<sup>30</sup> Der getreu den demokratischen Vorgaben folgende politische Prozess war jedoch langatmig und strapazierte die Geduld vieler Aktiver. Besagter Ratssondersitzung war eine Woche zuvor, am 14. August, eine erste, gut besuchte und durch das Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation (IZS) organisierte Informationsveranstaltung vorausgegangen – ein erstes Zusammentreffen der engagierten Gruppen mit den städtischen Institutionen. Nach dem gemeinsamen Ortstermin war nun allen Beteiligten die Ausgangslage für das weitere Vorgehen bewusst. Ein erster Schritt für eine gemeinsame Lösungsfindung war getan.

Der Rat der Stadt Wolfsburg stimmte schließlich in der Ratssondersitzung am 21. Juni 2017, zu der mit Detlef Garbe (damals Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme), Michael Geschwinde (Referatsleiter Niedersächsisches Landes-

<sup>30</sup> Die folgenden Ausführungen sind eine gekürzte und leicht überarbeitete Fassung von Alexander Kraus, Zum Stand der Diskussion um den geplanten Gedenk- und Bildungsort KZ-Außenlager Laagberg, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 19, 2020, S. 217-222.

amt für Denkmalpflege, Stützpunkt Braunschweig) und Christoph Heubner (Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees) auch drei externe Sachverständige geladen waren, mit großer Mehrheit für die Vorlage. Diese sieht „innerhalb der ehemaligen Lagergrenzen [...] eine Gedenkstätte und einen Bildungsort“ vor. Dafür sollen „die Fundamente, die nach der aktuellen Planung nicht an Ort und Stelle erhalten werden [können], fachgerecht abgebaut, [...] sachgerecht zwischengelagert und später die geborgenen Fundamente in der neuen Gedenkstätte offen zugänglich präsentiert werden“.<sup>31</sup> Für die Umsetzung des Ratsbeschlusses wurde das IZS beauftragt, gemeinsam mit externen Fachberater\*innen und unter Beteiligung der Opfer- und Interessenverbände sowie der politischen Gremien eine Konzeption für den Gedenk- und Bildungsort auszuarbeiten.

Um die gestalterischen und inhaltlichen Konturen des zu schaffenden Ortes zu konkretisieren, führte das IZS in der Folge drei Workshops durch. Dabei ging es zunächst darum, den „Blick zu öffnen“ und sich einen Überblick über jüngste Entwicklungen in der niedersächsischen Gedenkstättenlandschaft zu verschaffen. Außerdem wurden aktuelle gedenkstättenpädagogische und Vermittlungskonzepte vorgestellt, wozu verschiedene Expert\*innen aus dem Feld der Gedenkstättenforschung und der Geschichtswissenschaft eingeladen wurden – dies auch mit dem Ziel, gemeinsam zu lernen und eine Ausgangsbasis für alle Beteiligten zu schaffen. Zudem wurde diskutiert, welchen didaktischen Nutzen die Barackenfundamentreste als anvisiertes zentrales Exponat des Gedenk- und Lernorts haben und was sie über die NS-Gewaltherrschaft aussagen könnten. Hier zeigte sich in der Diskussion immer wieder eine Kluft zwischen den Generationen, waren doch gerade die Jugendlichen, die parallel in zahlreichen Schul- und Azubiprojekten in der Geschichtswerkstatt des Instituts zum Thema arbeiteten, alles andere als überzeugt davon, dass anhand der Fundamentreste überhaupt etwas zur Geschichte des Lagers vermittelt werden könne. Sie sprachen ihnen kurzerhand die Aura originaler Objekte ab, da anhand ihrer keine Emotionen geweckt werden könnten. Daher waren sie meist gewillt, jenes Objekt, das zum Ausgangspunkt der Debatte um den Gedenk- und Lernort geworden war, gänzlich aus der Konzeption des Ortes auszuschließen.<sup>32</sup> Für sie spielte

<sup>31</sup> Aus dem Beschluss der Ratssondersitzung: „Protokoll. Sondersitzung des Rates der Stadt Wolfsburg vom 21. August 2017 zur Vorlage ‚Gedenkstätte und Bildungsort auf dem Gelände des Außenlagers Laagberg des KZ Neuengamme‘“, online abrufbar unter <https://ratsinfob.stadt.wolfsburg.de/to020?1&TOLFDNR=1009592> [16.05.2024].

<sup>32</sup> Vgl. Aleksandar Nedelkovski, *Barackenfundamentreste, die keiner braucht: Ein Projekt der Geschichtswerkstatt zur Konzeption des Gedenk- und Lernorts KZ-Außenlager Laagberg*, in: Alexander Kraus/Ders./Anita Placenti-Grau (Hrsg.), *Ein Erinnerungs- und Lernort entsteht. Die Gedenkstätte KZ-Außenlager Laagberg in Wolfsburg, Frankfurt am Main/New York 2018*, S. 172-187.



entsprechend der Kernbegriff der Authentizität eine viel weniger bedeutende Rolle, der von vielen Opfer- und Interessenverbänden, Vereinen und einem Großteil der engagierten Bürger\*innen immer wieder herangezogen wurde, um eine Gedenkstätte am Fundort durchzusetzen. Daher wurde in einem nächsten Schritt auf die Frage und Bedeutung einer etwaigen „historischen Authentizität“ ehemaliger KZ-Standorte sowie auf Besuchererwartungen und potenzielle -enttäuschungen fokussiert. Daran anknüpfend richtete sich ein weiterer Workshop speziell an Geschichtslehrer\*innen, die regelmäßig mit Schulklassen Gedenkstätten besuchen. Sie sollten dort mehr über Erwartungshaltungen und potenzielle Enttäuschungen von Schüler\*innen, die eine KZ-Gedenkstätte besuchen, in der keinerlei sichtbare Hinweise auf die ursprüngliche Funktion des Orts als Außenlager hindeuten, lernen.<sup>33</sup>

Die intensiven Diskussionen wurden schließlich mit einer Ideenwerkstatt unter dem Motto „Raum der Möglichkeiten für Wolfsburg“ fortgesetzt. Im Rahmen dieser Veranstaltung stellten Schüler\*innen aus mehreren Schulprojekten sowie Auszubildende des Volkswagenwerks und der Stadt Wolfsburg ihre konzeptionellen Überlegungen vor: Wie sollte ein solcher Gedenk- und Lernort aus ihrer Sicht aussehen und welche Weisen des Erinnerns sind für jüngere Menschen bedeutsam? In den von Aleksandar Nedelkovski, dem Leiter der städtischen Geschichtswerkstatt, betreuten Projekten wurden durch die Teilnehmenden zum Teil deutlich andere Akzente gesetzt als in den oben geschilderten Workshops. So thematisierten die Schüler\*innen die gegenwärtige Unsichtbarkeit des Orts und sprachen sich wiederholt für Rekonstruktionen der Lagerbauten aus, was den aktuellen Positionen der Gedenkstättenarbeit diametral gegenübersteht. Die Jugendlichen vermittelten zudem klar und deutlich, dass ihnen die Fundamentreste – ob an Ort und Stelle oder als geborgene und ausgestellte Teilstücke – letztlich nur wenig „erzählen“. Sie fokussierten in ihren Überlegungen auf ein „entdeckendes Lernen“ und auf die Möglichkeit zur Begabung. An die Präsentationen schloss sich unter Beteiligung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung ein World Café an, das dazu einlud, in fünf thematischen Stationen – unter anderem unter Beteiligung zweier freier Gedenkstättengestalter – nach dem „Walk & Talk“-Prinzip die zuvor vorgestellten Ideen und Vorschläge aus der Bürgerschaft zu diskutieren, strukturieren und dokumentieren.

Das in Abstimmung mit einer Gruppe aus Sach- und Fachverständigen auf Basis aller Dokumentationen, Eingaben und Forderungen ausgearbeitete Gedenkstättenkonzept für einen Gestaltungswettbewerb wurde dann an die den

<sup>33</sup> Die Vorträge der Workshops finden sich gebündelt in Alexander Kraus/Aleksandar Nedelkovski/Anita Placenti-Grau (Hrsg.), Ein Erinnerungs- und Lernort entsteht. Die Gedenkstätte KZ-Außenlager Laagberg in Wolfsburg, Frankfurt am Main/New York 2018.

gesamten Prozess begleitenden Opfer- und Interessenverbände, Gedenkstättenvertreter\*innen und Vereine rückgespiegelt, deren Einwände häufig Aufnahme in das finale Konzept fanden. Für den zweistufigen internationalen Architekturwettbewerb wurde der Fachjury, die durch die Architektenkammer berufen wurde, ein weiteres Element der Bürger\*innenbeteiligung vorgeschaltet: Obgleich die Corona-Pandemie eine Beteiligung stark verkomplizierte, wurden zahlreiche Besucher\*innengruppen durch die 15 Wettbewerbsmodelle geführt und die einzelnen Einreichungen dabei intensiv vorgestellt. Die Bürger\*innen konnten jeweils im Anschluss auf einem Pro- und Contra-Papier ihre Eindrücke notieren. Diese Eindrücke wurden der Jury – noch bevor diese die Entwürfe selbst zu sehen bekommen hatte – systematisiert vorgelegt und fanden so in den Entscheidungsprozess Einzug.

Die gewählten Verfahren zur Bürger\*innenbeteiligung schufen zweifelsohne neue Möglichkeitsräume zur Partizipation. Um es plakativ auszudrücken: Anders als noch im Jahr 1985 war es nun nicht mehr nötig, eigens eine Gedenkplatte zu gießen, da die Aktiven in den viel größeren Prozess der Entwicklung eines Gedenk- und Lernortes direkt eingebunden waren. Zugleich, und das ist die Kehrseite der Medaille, waren die Möglichkeiten der Vereine und Initiativen, selbst sichtbar zu sein und in Aktion zu treten, deutlich limitierter. Es stellt sich die Frage, welche Implikationen dies langfristig für Geschichtsinitiativen hat. Mit Blick auf eben diese wäre darüber hinaus zu fragen, wie sie sich über die zurückliegenden Jahrzehnte verändert haben. Ein prosopografischer Ansatz könnte Aufschluss über deren Zusammensetzung, soziale und kulturelle Hintergründe der Beteiligten geben, ist jedoch aufgrund der oftmals schwierigen Überlieferungslage nur bedingt möglich. Angesichts der Bedeutung, die sie für den Wandel in der kommunalen Erinnerungspolitik hatten und noch immer haben, ist dies ein alles andere als zufriedenstellendes Zwischenergebnis.

**Alexander Kraus, Dr.**, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation in Wolfsburg und Redakteur bei Docupedia-Zeitgeschichte. Er forscht zur modernen Stadt- und Migrationsgeschichte und der Public History. Jüngste Publikation: Stadt ohne Geschichte? Wolfsburg als Demokratielabor der Wirtschaftswunderzeit. Göttingen (Wallstein) 2021.  
[alexander.kraus@stadt.wolfsburg.de](mailto:alexander.kraus@stadt.wolfsburg.de)